

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 6, 21. März 2002

Einblicke

Rätselhaft

Von Ralf Bachmann

Der Einfall des Fördervereins für die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals, einen Spendenaufruf mit der Plakatkampagne „Den Holocaust hat es nie gegeben“ zu verbinden, war provozierend und irritierend. Die NPD nahm die Idee als Geschenk und bediente sich des Textes – es war ja gerade Wahlkampf in Berlin. Tausendfach hingen Plakate mit dem umgewidmeten Spruch des Fördervereins und der üblichen NPD-Propaganda, zur Empörung nicht nur der Nazi-Opfer. Mehrere Strafanzeigen wegen Volksverhetzung zwangen die Staatsanwaltschaft, sich der Sache anzunehmen. Sie stellte das Verfahren ein, mit fadenscheinigen Gründen.

Es ist nicht das Gleiche, wenn der antifaschistische Förderverein und die rechtsextreme NPD den Satz „Den Holocaust hat es nie gegeben“ verwenden. Bei den einen ist er ja Werbung für die Opfer-Gedenkstätte, während sich die anderen als „nationaler Widerstand“ dagegen sehen. Aber dieser entscheidende Unterschied reichte dem zuständigen Staatsanwalt nicht für ein Strafverfahren. Die NPD sei ja nicht etwa aus politischen Erwägungen gegen ein Mahnmal, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, argumentierte er gewunden. Sie nutze den hohen Bekanntheitsgrad des verbotenen Holocaust-Satzes, um für die NPD zu werben, ohne sich mit ihm zu identifizieren. Die Schriftgrößen seien so gewählt, dass von weitem nur die Holocaust-Leugnung lesbar ist, aber immerhin als Zitat. Was die NPD wirklich denkt, könne man nicht allein am Wortlaut einer Äußerung und bei isolierter Betrachtung erkennen. Es bleibt der Staatsanwaltschaft wohl ein Rätsel.

Mit ihren rätselhaften Ausflüchten setzt die Berliner Staatsanwaltschaft kein Zeichen gegen rechts, zeigt kein Gesicht. Sie weicht zurück. Auch wenn nach den Buchstaben der Gesetze eine solche Entscheidung möglich ist – so werden die Rechtsextremen ermutigt, immer frecher zu werden.

Medien ausgesperrt

Auf dem NPD-Parteitag wurde der Bundesvorstand zwar bestätigt, die Mitglieder misstrauen sich aber untereinander.

Seite 2 ■

Schlagkräftige Truppe

In Sachsen-Anhalt ist die NPD auch nach dem Ausschluss Steffen Hupkas noch stark mit der Neonazi-Szene verbunden.

Seite 4 ■

Neues Zentrum Moskau

Die Internationale der Holocaust-Leugner findet in der russischen Hauptstadt ein wohlgesonnenes Klima.

Seite 6 ■

Fehlende Unterstützer

Der französische Rechtsextremist Jean Marie Le Pen kann möglicherweise gar nicht zu den Präsidentschaftswahlen antreten.

Seite 8 ■

„Sicherheitswacht“

In Hamburg plant die Schill-Partei den Aufbau einer Bürgerwehr.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**„Senator Planlos“****Olaf Scholz warnt vor Ronald Schill**

Wenige Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Olaf Scholz seine Parteifreunde aufgefordert, sich offensiv mit der Schill-Partei auseinanderzusetzen. Seit der ehemalige Amtsrichter Ronald Schill als Innensenator an der Regierung des Stadtstaates beteiligt sei, gebe es in Hamburg nichts als „geplatze Seifenblasen, Brüche diverser Wahlversprechen, fehlende Visionen und Vetternwirtschaft“, sagte Scholz in Magdeburg. Die Versprechungen Schills aus dem Hamburger Wahlkampf seien nichts als heiße Luft gewesen. Schill ist inzwischen selbst in den USA als „Senator Planlos“ bekannt geworden. So bezeichnete ihn die „New York Times“ vom 23. Januar.

Mehrere Abgeordnete der Schill-Partei arbeiten oder arbeiteten nach Angaben von Scholz in führenden Positionen von Innen- oder Gesundheitsbehörde, werden oder wurden also von den Behörden bezahlt, die zu kontrollieren ihre Aufgabe als Mitglieder der Bürgerschaft wäre. Womit unter dem neuen Hamburger Senat eines der Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie, nämlich die Gewaltenteilung, ausgehöhlt wird.

Die von Schill im Wahlkampf wortgewaltig versprochene Aufstockung der Hamburger Polizei um 2000 Stellen, die schließlich zur vierwöchigen Ausleihe von 20 Polizisten aus Bayern verkam, wurde somit nicht nur eine Lachnummer für die gesamte Republik, sondern für Hamburg eine teure zudem. Denn die Bayern wurden auf Senatskosten vier Wochen im Hotel untergebracht. Die 40000 Euro, die die Leihgabe gekostet hat, sollen bei der Hamburger Feuerwehr wieder erwirtschaftet werden. Zwei von drei Ausbildungslehrgängen für das laufende Jahr sind komplett gestrichen worden.

Wie blauäugig der Hamburger Senat unter Beteiligung der Schill-Partei durch den politischen Alltag stolpert, mag auch daran deutlich werden, dass der Plan, das Gefängnis auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme entgegen früherer Senats- und Bürgerschaftsbeschlüsse nicht zu schließen, erst nach internationalen Protesten fallen gelassen wurde.

*Eberhard Löblich***Aktivitäten****Störfeuer von innen****Der NPD-Parteitag hat den Vorsitzenden Voigt im Amt bestätigt. Bei den Mitgliedern herrscht gegenseitiges Misstrauen.**

Die Medien blieben erst einmal ausgesperrt. Journalisten wollte die NPD nicht dabei haben, als sich ihre etwas mehr als 200 Delegierten am Wochenende vom 16. zum 17. März unter dem Motto „Deutschland, wir kommen“ zum Bundesparteitag in Königs-Lutter versammelten. Die Berichterstattung, so klagte die Partei in einer Presseerklärung, habe sich in der Vergangenheit „allzu oft in Verzerrung und mehr oder weniger süffisanter Hetze“ erschöpft. Tatsächlich dürfte die Sorge größer gewesen sein, dass Journalisten allzu genau hätten hinhören und live erleben können, wie es in einer Partei zugeht, in der man sich gegenseitig verdächtigt, V-Mann (gewesen) zu sein oder von der V-Mann-Existenz des einen oder anderen gewusst zu haben. Und mit dem Ausschluss der Medien entging man auch der Gefahr, dass Parteimitglieder mit ihren Äußerungen denen weitere Munition liefern konnten, die ein Verbot der Partei betreiben.

Ein „Parteitag in ruhiger und fruchtbarer Arbeitsatmosphäre“ und „ungestört von äußeren Einflüssen“ sollte es werden. Doch das Störfeuer kam – aber nicht von den Medien. Steffen Hupka, der inzwischen ausgeschlossene, ehemalige Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt und Kopf der aufgelösten Revolutionären Plattform (RPF), war es, der für Unruhe sorgte. Ein paar Wochen vor dem Parteitag beklagte er im „Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte“ eine Lähmung, die die Parteibasis ergriffen habe. Verantwortlich für diese Lähmung machte er den Parteivorstand und namentlich den Vorsitzenden Udo Voigt. Hupka: „Dieser Klüngel aus V-Leuten und dessen Unterstützern, der sich ‘Parteivorstand’ nennt, versucht vergeblich, sich den Anschein zu geben, er stehe praktisch über den Dingen, habe alles fest im Griff und dirigiere alles zum Wohle der Partei.“ Vor allem Voigt ist gemeint, wenn Hupka von „opportunistischen Tagespolitikern, die keinerlei weltanschauliches Fundament besitzen“, schreibt.

„Die Partei ist am Ende“, meinte Hupka apodiktisch, um dann aber doch ein Fünkchen Hoffnung zu entdecken: „Auf dem Bundesparteitag am

16./17. März wird es die allerletzte Chance geben, die NPD den zerstörerischen Kräften wieder zu entreißen und einen soliden Neubeginn zu versuchen.“ Für diesen Neubeginn hatte er gleich eine Gebrauchsanweisung mitgeliefert: Sieben Punkte, von der Aussage, die Partei könne „nur von oben nach unten und niemals umgekehrt reformiert werden“, über die Forderung nach einem Mitglieder-Aufnahmestopp bis hin zum Vorschlag, eventuell ganze Kreis- oder Landesverbände aufzulösen. Auch ein Wahlvorschlag durfte nicht fehlen: Stellvertretende Vorsitzende sollten Ex-Parteichef und Voigt-Vorgänger Günter Deckert und Hupka werden – soweit er zum Zeitpunkt der Wahl wieder Parteimitglied sein könne. Ansonsten solle der Lübecker Jürgen Gerg nachrücken. Gerg war nicht der einzige schleswig-holsteinische NPDler auf der Vorschlagsliste Hupkas: Auch Landeschef Peter Borchert, gern gesehener Teilnehmer bei Demonstrationen der so genannten „Freien Nationalisten“, durfte nicht fehlen, ebenso wie beispielsweise der Bielefelder Bernd Stehmann und der in Niedersachsen lebende Dieter Riefling.

■ „Parteivorstand ist Klüngel aus V-Leuten und Unterstützern“ ■

Dass Hupka mit seinen Vorstellungen scheitern würde, zeichnete sich spätestens eine Woche vor dem Parteitag ab. Nicht nur, dass er beim Landesparteitag in Sachsen-Anhalt eine Abfuhr erlitten hatte – auch die Resonanz auf einen Kongress am 9. März im ostbrandenburgischen Friedersdorf, den der „Rundbrief“ angekündigt und zu dem angeblich die NPD-Landesverbände Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eingeladen hatten, war dürftig. Statt 150 Teilnehmern kamen nur 50. Dort hätten die Oppositionellen ihr Vorgehen auf dem Parteitag sondieren wollen, hieß es im Störtebeker-Netz. Und weiter: „Dass von der parteiinternen Opposition vorerst keinerlei politische Überraschungen zu erwarten sind, dürften allein die Anwesenheitszahlen der Veranstaltung dokumentiert haben. Angesichts des mangelnden Interesses an der Veranstaltung in der nationalen Szene zeigte sich, dass es den Angehörigen der RPF wohl kaum gelingen wird, ernsthafte Korrekturen in der Parteiführung oder am kommenden Kurs der Partei durchzuführen. Hauptproblem der Parteirebellen ist es, dass keine bekannte Persönlichkeit aus der NPD-Führung bereit ist, für sie als Führungskandidat gegen den amtierenden NPD-Vorsitzenden Udo Voigt ins Feld zu ziehen.“

Den hatten die Parteirebellen ebenso zu ihrem Kongress eingeladen wie Horst Mahler oder Holger Apfel. Sie sagten ab, was den Autor des „Rundbriefes“ zu der Aussage veranlasste: „Eigentlich sollten sie froh sein, wenn ihnen – vielleicht letztmalig – die Gelegenheit gegeben wird, sich rechtfertigen zu können.“

„Macht nicht den Fehler und sucht bei Euch Agenten, das zerstört nur die Gemeinschaft“, warnte der Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt seine Parteikameraden. Doch auch so manche, die nicht dem Kreis um Hupka angehören, sehen dies anders. „Die Verunsicherung ist sehr groß!“, kommentierte ein Rostocker Parteitagsdelegierter, nachzulesen auf der Internetseite von „Freies Franken“. Es sei „ein unmöglicher Zustand, dass nach den jüngsten Enthüllungen niemand Niemandem mehr trauen kann. Keiner weiß, ist mein Parteikamerad ein bezahlter Provokateur?“ Deshalb werde er dafür plädieren, „dass jeder Funktionsträger, beginnend beim Kreisvorsitzenden, über die gesamten Landesvorstände und natürlich der Bundesvorstand, verpflichtet werden, eidesstattliche Erklärungen abzugeben, in denen sie ganz klar darlegen, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart für eine der staatlichen Schnüffelbehörden gearbeitet zu haben.“ Die Vorschläge, wie man sich vor V-Leuten schützen kann, reichen dabei schon weiter. Probezeiten für neue Mitglieder oder Tests mit Lügendetektoren sind im Gespräch.

■ Unter Ausschluss der Öffentlichkeit ■

Beschlossen wurde davon beim Parteitag nichts. Auch nicht die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen: Sie würden den „germanischen Prinzipien von Redlichkeit und Treu und Glauben“ widersprechen, sagte Partei-Anwalt Horst Mahler. Juristisch „völlig wertlos“ seien solche Erklärungen zudem. Statt dessen, so warnte er, sei „jedes Verdachtsgerede selbst ein parteischädigendes Verhalten“. Nicht nur in dieser Frage setzte sich der Parteivorstand durch. Auch mit seinen Personalvorschlägen hatte Voigt auf ganzer Linie Erfolg. Er selbst wurde mit einer komfortablen Dreiviertelmehrheit im Amt bestätigt. Auf seinen Gegenkandidaten Deckert entfiel etwa ein Fünftel der Stimmen. Als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurden Jürgen Schön und Holger Apfel. Für Hans-Günther Eisenecker rückte Partei-Generalsekretär Ulrich Eigenfeld in die dritte Vize-Position auf.

Tomas Sager

Hintergrund**Klein und gefährlich**

In Sachsen-Anhalt ist die NPD flächendeckend mit Kreisverbänden präsent. Der ausgeschlossene Steffen Hupka hat noch ein erhebliches Anhängerpotenzial.

Die NPD in Sachsen-Anhalt strebt nicht nur zunehmend in die Öffentlichkeit, sondern auch in die Fläche des Landes. „Wir werden vor allem die Bildungsarbeit für Führungspersonen intensivieren“, verspricht der neue Landesvorsitzende Frank Kerkhoff. Der 44-Jährige, einst führendes Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) bezeichnet sich selbst als langjährigen Weggefährten Horst Mahlers. Kerkhoff, der vor seiner Wahl zum NPD-Landeschef Vorsitzender des erst im Dezember 2001 gegründeten NPD-Kreisverband Elbe/Saale war, setzte sich auf dem Landesparteitag am 23. Februar in einer Kampfkandidatur überraschend gegen die als neue NPD-Landeschefin designierte Kreisvorsitzende von Halle/Saale, Karin Wojna durch. Der bisherige Landeschef Andreas Karl, der für das Amt nicht wieder kandidiert hatte, wurde neben Jens Warncke zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Schon bevor Kerkhoff öffentliche Präsenz angekündigt hat, hat sich die rechtsextreme NPD längst auch in die Fläche Sachsen-Anhalts bewegt. Nach Angaben des Magdeburger Innenministeriums ist der NPD-Landesverband zwischenzeitlich in zehn Kreisverbänden organisiert und damit im gesamten Land präsent. Mit den Kreisverbänden Burgenlandkreis, Sangerhausen, Halle/Saale, Ostharz, Merseburg-Querfurt, Magdeburg, Salzwedel, Anhalt, Wittenberg und Elbe/Saale hat sich die NPD eine flächendeckende Struktur geschaffen, die nahezu der von der SPD-geführten Landesregierung angestrebten künftigen Landkreisstruktur entspricht. Nach eigenen Angaben hat die NPD in Sachsen-Anhalt rund 240 Mitglieder. Warum das Innenministerium eine kleine Anfrage des PDS-Abgeordneten Matthias Gärtner nach der Mitgliederzahl der einzelnen Kreisverbände mit Verweis auf Geheimhaltungsgründe nicht beantwortet, wird wohl das Geheimnis von SPD-Innenminister Manfred Püchel bleiben. Püchel verwies auf entsprechende Angaben seines Ministeriums in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages für den Verfassungsschutz. Fest steht hingegen, „das wird

nämlich sowohl von der NPD als auch vom Innenministerium bestätigt“, dass mit der flächendeckenden Parteistruktur jedes der rund 240 NPD-Mitglieder in einem Kreisverband organisiert ist.

Püchel warnt indes davor, angesichts der geringen Mitgliederstärke die von der NPD ausgehenden Gefahren zu unterschätzen. „Obwohl der sachsen-anhaltische Landesverband der NPD über vergleichsweise nur wenige Mitglieder verfügt, gewinnen seine Aktivitäten aufgrund seiner intensiven Zusammenarbeit mit neonazistischen Kräften wie den so genannten Kameradschaften und den 'Freien Nationalisten' eine besondere Bedeutung“, so der Minister. Hoch interessant in diesem Zusammenhang: Einer der führenden Köpfe der „Freien Nationalisten“ in Sachsen-Anhalt ist der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Steffen Hupka, der noch Anfang vergangenen Jahres auch im NPD-Bundesvorstand saß. Dort war der einschlägig bekannte Neonazi für den Bereich Kader-Schulung zuständig. Mit seinem Parteiausschluss habe sich die Partei nicht etwa im Hinblick auf das NPD-Verbotsverfahren entlasten wollen, ist Minister Püchel überzeugt. Hupka ist parteiintern einfach zu aufmüpfig geworden. Sein „inzwischen rechtskräftiger“ Parteiausschluss hatte lediglich dazu gedient, den innerparteilichen Führungsanspruch und die Durchsetzungskraft des Parteivorstandes zu demonstrieren. Hupkas radikale Ansichten haben hingegen weniger mit seinem Ausschluss zu tun. Zeitlich parallel mit dem Ausschlussverfahren gegen Hupka hat nämlich auch die NPD in Sachsen-Anhalt nicht davor zurückgeschreckt, ausgewiesene Neonazis zu Kreisvorsitzenden zu küren oder einschlägig vorbestrafte Rechtsextremisten aufzunehmen und auf Vorstandsposten wählen zu lassen.

■ Ein neues Reich nach Vorbild des NS-Staates ■

Hupka wird übrigens in den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat als Zeuge für die ebenso verfassungsfeindliche wie verfassungswidrige Ausrichtung der NPD benannt. Während seiner NPD-Mitgliedschaft galt er als erbitterter innerparteilicher Gegner von Horst Mahler und dessen Strategie gegen das NPD-Verbotsverfahren. Hupka gehört nicht zu denen, die sich von dem ihm verhassten System der parlamentarischen Demokratie die Spielregeln der Auseinandersetzung aufzwingen wollen. Wie etwa auch der Hamburger Neonazi Christian Worch begreift er

sich als Speerspitze und geistige Führungskraft einer nationalrevolutionären Bewegung, deren Ziel die Errichtung eines neuen Reiches nach Vorbild des NS-Staates ist. Dennoch: Mit dem Machtzuwachs Mahlers innerhalb der NPD schwand Hupkas Einfluss zusehends.

Nicht ohne Grund. Entgegen dem mit Beginn der Verbotsdebatte vom Parteivorstand offiziell verhängten Demonstrationsverbot hatte Hupka mehrfach Demonstrationen organisiert und gegenüber den Behörden angemeldet. Mal richteten sich diese Protestaktionen vorgeblich gegen den Drogenhandel und Ausländerkriminalität, mal demonstrierten Hupkas Anhänger unter dem Motto „Argumente statt Verbote“ für Meinungsfreiheit und gegen Parteienverbote. Formell waren regelmäßig angeblich örtlich oder regional aktive Bürgerinitiativen die Veranstalter. Bürgerinitiativen, von denen vor und nach der jeweiligen Demo niemals jemand etwas gehört hat. Stets aber waren trotz des Demonstrationsverbotes des Parteivorstandes auch die Fahnen von NPD und Jungen Nationaldemokraten über den Demonstrationszügen zu sehen. Der NPD-Parteivorstand wertete dies als Provokation und Versuch eines innerparteilichen Machtkampfes und schloss Hupka schließlich aus der NPD aus.

■ **Führende Mitglieder angegriffen** ■

Zwischen dem ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalts und dessen ehemaliger Partei gibt es gleichwohl nach wie vor noch eine gemeinsame Schnittmenge: die „Freien Nationalisten“. Zu dieser Gruppierung ohne allzu feste Organisationsstruktur unterhalten sowohl die NPD-Landesspitze als auch Hupka gleichermaßen gute Verbindungen. Hupka galt zudem bis zu seinem Ausschluss aus der NPD als Mitbegründer und Führungsfigur der „Revolutionären Plattform“ (RPF), einer innerparteilichen Oppositionsgruppe, die vor geraumer Zeit fast eine Spaltung der NPD ausgelöst hätte. Nur durch die offizielle Aufnahme der RPF als Arbeitsgemeinschaft in die offizielle Parteistruktur konnte der NPD-Vorstand seinerzeit diese drohende Spaltung verhindern. Dennoch beharrte die RPF darauf, auch als NPD-Arbeitsgemeinschaft neonazistische und nationalrevolutionäre Kreise außerhalb der eigenen Partei in den eigenen Reihen organisieren zu dürfen. Inzwischen hat sich diese Gruppierung allerdings bundesweit zumindest offiziell aufgelöst. An der Spitze von rund 15 Anhängern aus diesem Kreis stürmte Hup-

ka bereits während des gegen ihn laufenden Parteiausschlussverfahrens im Mai vergangenen Jahres den Landesparteitag in Rehmsdorf im Burgenlandkreis und sorgte für erhebliche Störungen.

Auch in diesem Jahr erschienen Hupka-Anhänger auf dem NPD-Landesparteitag und forderten, wenn auch vergeblich, eine Erklärung Hupkas verlesen zu dürfen. In der Erklärung werden führende Parteimitglieder scharf angegriffen. Erklärte Anhänger Hupkas innerhalb der Landespartei wurden zudem auf dem Parteitag scharf abgestraft. Zu diesen gehört unter anderem der Magdeburger NPD-Kreisvorsitzende Matthias Güttler, dessen Versuch, mit einer eigenen Kneipe einen informellen Szenetreff für die personelle Schnittmenge zwischen NPD-Aktivisten, Skinheads, Freien Nationalisten und anderen Neonazis zu schaffen, gerade erst gegen die Wand gefahren ist. Güttlers Kneipe „Zum Reinheitsgebot“ in Magdeburg wird derzeit renoviert, nachdem sie den Besitzer gewechselt hat. Selbst aufmerksame Staats- und Verfassungsschützer konnten während des einjährigen Güttler-Versuches als Gastronom selten nennenswerten Publikumsverkehr im „Reinheitsgebot“ registrieren. Gerade 70 Personen aus der rechtsextremen Szene ganz Sachsen-Anhalts zählten die Schlapphüte zur Eröffnung der Kneipe am 30. März 2001, nur noch 20 Besucher kamen nach Angaben aus dem Innenministerium zu einer Feier des Hitler-Geburstages drei Wochen später.

Bleibt noch, eine letzte hochinteressante Erkenntnis aus der Antwort des Innenministers auf die Anfrage des PDS-Abgeordneten Gärtner nachzutragen. Bei insgesamt 26 Veranstaltungen der NPD oder ihr nahe stehender Organisationen im Jahr 2001 in Sachsen-Anhalt haben die Behörden nur bei einer einzigen Veranstaltung rechte Straftaten registriert. Bei einer Demonstration unter dem Motto „Gegen Drogen und Kriminalität“ in Halle/Saale mit rund 220 Teilnehmern aus Sachsen-Anhalt und Sachsen wurden vier Strafanzeigen geschrieben: jeweils eine wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, wegen Landfriedensbruches, wegen Körperverletzung und wegen Beleidigung. Bei keiner anderen Veranstaltung wollen die Behörden weitergehende Straftaten registriert haben. Selbst bei Veranstaltungen nicht, bei denen Skinhead-Konzerte unterbunden oder sogar Hitlers Geburtstag gefeiert wurde. Möglicherweise stammen diese Erkenntnisse ja doch nur aus V-Mann-Befragungen und könnten damit nicht einmal ins NPD-Verbotsverfahren Eingang finden. *Eberhard Löblich*

Hintergrund**Treffpunkt Moskau**

In der russischen Hauptstadt hat weitgehend unbehelligt eine internationale Konferenz von Holocaust-Leugnern stattgefunden.

Jürgen Graf ist Schweizer. Dort allerdings lebt der ehemalige Lehrer seit geraumer Zeit nicht mehr. Aus gutem Grund. Wegen Verstoßes gegen das Schweizer Anti-Rassismusgesetz ist er rechtskräftig verurteilt. Wegen geschichtsrevisionistischer Schriften liegen gegen ihn zudem Urteile in Deutschland und in Frankreich vor. Nach Eigenangaben will er im Iran Zuflucht gefunden haben, doch ist inzwischen offenkundig, dass er nicht dort, sondern vielmehr in Weißrussland Unterschlupf gefunden hat. „Lang lebe Lukaschenko!“ kommentiert der Webmaster einer russischen revisionistischen Homepage. Lukaschenko ist der umstrittene weißrussische Präsident.

Doch offensichtlich braucht sich Graf auch im Nachbarland nicht mit seinen Thesen zu verstecken. Länder, in denen die Revisionisten ungestört ihre internationalen Treffen abhalten und ungestraft ihre Thesen verbreiten können, sind rar geworden. In den USA, wo dies möglich wäre, befindet sich das zentrale Institute for Historical Review in gravierenden finanziellen Schwierigkeiten. Ein großes internationales Treffen war für Frühjahr vergangenen Jahres in Beirut geplant gewesen, wurde jedoch letztlich von der libanesischen Regierung verboten.

Folglich nutzt der sprachbegabte Graf, der 17 Sprachen spricht, seine neuen Kontakte in Osteuropa. Der in Russland stark verbreitete und weiter zunehmende Antisemitismus garantiert sogar die Aufmerksamkeit von Printmedien mit Massenauflage, die sympathisierend berichten. Wenn ausgerechnet das ehemalige kommunistische Zentralorgan „Pravda“ wohlwollend berichtet: „Die internationale Konferenz wurde organisiert von den Gründern der US-amerikanischen Zeitschrift ‘Barnes Review’ und dem Moskauer Verlagshaus Enzyklopädie der Russischen Zivilisation“, vermutet zunächst niemand rechtsextreme Aktivitäten. Erst der nächste Satz „Der Schweizer Wissenschaftler Jürgen Graf leitete die Sitzungen der Konferenz“, macht stutzig. Wie selbstverständlich übernimmt die „Pravda“ dann die Diktion des Revisionismus, indem

sie vom so genannten Holocaust spricht. Jegliche Andeutung der Kritik an den Inhalten der Konferenz fehlt in der Zeitung. Harmlos klingt auch die Beschreibung des Blattes, was Revisionisten eigentlich seien: Revisionisten nenne man jene Leute, die Zweifel bezüglich einiger Fakten zum Zweiten Weltkrieg hegten, die bis heute als unhinterfragbar angesehen wurden. Die kaum verhüllte Sympathie für die revisionistischen Bestrebungen ist weniger überraschend, wenn man um die nicht seltenen antisemitischen Ausfälle führender kommunistischer Funktionäre in Russland weiß.

■ Sympathisierendes Medienumfeld ■

Ein weiterer Grund für die positive Aufnahme des Treffens am 26./27. Januar in der Tagespresse, so auch in der regional führenden Zeitung „Novy Peterburg“, mag in dem Umstand liegen, dass einerseits die Vorträge nicht auf historische Umdeutungen des Zweiten Weltkrieges, des Holocausts und des NS-Regimes beschränkt waren, und dass andererseits durchaus einige Personen auftraten, die bisher nicht in revisionistischen Kreisen zu vermuten waren. So sprach der Schriftsteller und Philosoph Alexander Sinowjew über „Das neue Stadium der Globalisierung“. Das frühere Mitglied der Akademie der Wissenschaften, als Dissident inhaftiert, hatte seit 1978 lange Jahre im Exil in München gelebt. Nach dem Ende der UdSSR war er nach Russland zurückgekehrt. Seit Ende der neunziger Jahre hat sich Sinowjew immer stärker den Positionen der europäischen Neuen Rechten angenähert, referierte am 30. Januar 2000 gar beim nationalen Kolloquium des GRECE in Paris. Sein jüngstes in Frankreich erschienenes Buch „Der große Bruch. Soziologie einer kopfstehenden Welt“ unter der Leitfrage „Wohin geht die Neue Weltordnung?“ stehend, ist im Hausverlag der Neuen Rechten L’Agora veröffentlicht worden. Natürlich macht der Auftritt Sinowjews bei den Revisionisten in Moskau einmal mehr die wiederholten Beteuerungen führender Vertreter der Neuen Rechten, man habe nichts mit den Holocaust-Leugnern zu schaffen, zusätzlich fragwürdig.

In einer Situation, in der von zahlreichen Politikern in Russland wie auch von einfachen Menschen der Verlust der Weltmachttrolle des Landes beklagt wird, Verschwörungstheorien über eine internationale Konspiration zur Isolation Russlands verbreitet sind, wächst die Tendenz, Menschen zuzujubeln, die nach Russland kommen und den Hauch der al-

ten internationalen Bedeutung mit sich zu bringen scheinen. Dies gilt auch dann, wenn es sich um Gäste durchaus fragwürdigen Charakters handelt, deren Namen in anderen Ländern unverzüglich zu einem Verbot der Konferenz geführt hätten.

Neben Jürgen Graf gehörte zu den Organisatoren des Meetings auch der US-Amerikaner David Duke, ein wohlbekannter Name überall auf der Welt, so lobend die Zeitung „Novy Peterburg“. Das Adjektiv berüchtigt wäre treffender gewählt gewesen. Bei dem aus dem US-Staat Louisiana stammenden Duke handelt es sich um einen ehemaligen Grand Wizard der Knights of the Ku Klux Klan, der trotz seiner führenden Tätigkeit für die Regierungspartei der Republikaner offenbar zu den Positionen seiner Jugend zurückgekehrt ist, als er die Ausrottung der Juden und den Rücktransport der Schwarzen nach Afrika forderte. Gegenwärtig führt er in den USA eine Kampagne gegen die angebliche Bevorzugung Nicht-Weißen im öffentlichen Leben. Wie Graf ist er bereits seit längerer Zeit in Osteuropa aktiv. So hielt sich Duke im Herbst 2000 auf Einladung des neurechten Ideologen Alexander Prochanow einen Monat in Russland auf. Sein Buch „Die jüdische Frage aus den Augen eines Amerikaners“ wird wie selbstverständlich in der Buchhandlung der Staatsduma vertrieben. Bei seinem Besuch traf sich Duke auch mit dem kommunistischen Abgeordneten und Ex-General Albert Makaschow. Wie Hohn klingt es, wenn Duke bei dem Treffen in Moskau erklärte: „Wir sind vereint durch Ehrenhaftigkeit und Treue zur Wahrheit. Die Lügen müssen enthüllt werden, sogar um den Preis einer Inhaftierung oder unseres Lebens. Lieber aufrecht sterben als kniend leben!“

■ Untergang der Sowjetunion als Folge einer jüdischen Verschwörung ■

Ein weiterer Mitorganisator, der russische Historiker Oleg Platonov, sprach über Globalisierung und Christentum, damit jenen Bereich aufgreifend, der neben der Periode der NS-Herrschaft und der Leugnung der industriellen Massenvernichtung der europäischen Juden den breitesten Raum bei der Konferenz einnahm. Im Themenfeld der Globalisierungskritik erhofft man sich nicht unberechtigt breite Zustimmung in der russischen Bevölkerung, da das Land oftmals als Verlierer dieses Prozesses gesehen wird. Der Untergang der Sowjetunion wird dabei als Folgeerscheinung der Globalisierung und einer weltweiten jüdischen Verschwörung gesehen,

während von den wesentlichen inneren Ursachen des Scheiterns der UdSSR abgelenkt wird. Platonov gehört übrigens seit 1997 dem Beraterstab des negationistischen „Journal of Historical Review“ an, ist also integraler Bestandteil der Internationale der Holocaustleugner.

Die Globalisierung, so auch der US-Amerikaner C. Bollyn in seinem Vortrag über „Die Ereignisse des 11. September und ihre Folgen“, sei ein außerordentlich gefährlicher und zerstörerischer Prozess, der den Weg für einen planetarischen Totalitarismus bereite. Er sah massive Vertuschungsversuche staatlicher Stellen bezüglich der wahren Hintergründe der Attentate. Bollyn geht davon aus, dass die Black Box der zu den Anschlägen benutzten Flugzeuge jeweils durch die Behörden vom Tatort entfernt und anschließend vernichtet worden sei. Trug schon das Referat von Bollyn deutlich verschwörungsmythische Züge, so waren die Vorträge von Michael Collins Piper (USA) und des in Schweden lebenden Marokkaners Ahmed Rami vollends auf dieser Linie. Collins, der zur internationalen Redaktion der eingestellten Zeitschrift „Code“ gehörte, sprach über „Den Mord an Präsident Kennedy“, der „Radio-Islam“-Betreiber Rami über „Den Einfluss des Zionismus in Westeuropa“.

Mit knapp 20 Rednern, einem sympathisierenden Medioumfeld, einem renommierten Tagungsort in einer Moskauer Akademie und dem völligen Mangel an staatlicher Aufmerksamkeit dürften die Veranstalter ein positives Resümee des Kongresses ziehen. Auffällig ist, dass fast die Hälfte der Vortragenden aus Russland selbst stammte. Neben Sinowjew und Platonov sind dabei besonders Boris Mironow zu nennen, Vorsitzender der Splittergruppe Russische Patriotische Partei und ehemaliger Medienberater von Präsident Boris Jelzin, sowie der Historiker Jurij Begunow, ehemaliges Vorstandsmitglied des russischen Schriftstellerverbandes und Autor des verschwörungsmythischen Bandes „Geheime Mächte in der Geschichte Russlands“, der bereits mehrere Auflagen erlebte. Da zudem noch relativ bekannte Redner gewonnen werden konnten, die bisher nicht in revisionistischen Kreisen aufgetreten waren, zu nennen ist der Österreicher Gerhoch Reisegger, dürfte die Veranstaltung wohl eine Fortsetzung an gleichem Ort finden. Und die „Prawda“, so steht zu erwarten, wird das Ereignis wiederum positiv kommentieren. Schließlich ist der neurechte ehemalige kroatische Diplomat Tomislav Sunic bereits als regelmäßiger Mitarbeiter gewonnen worden.

Jean Cremet

Ausland**Unter neuem Dach****Holocaustleugner-Verein aufgelöst**

Erstmals wurde in der Schweiz ein Verein aufgelöst, da er einen rassistischen Vereinszweck habe. Am 6. März 2002 ordnete das Bezirksgericht Châtel-Saint-Denis/Kanton Freiburg die Auflösung des Vereins Vérité et Justice (Wahrheit und Recht) an, ebenso die Einziehung des (bereits beschlagnahmten) Vereinsvermögens. Das Gericht folgte damit dem Staatsanwalt, der gestützt auf das Schweizer Zivilgesetzbuch die Auflösung beantragt hatte. Die Schweizer Holocaust-Leugner wollen zwar den Entscheid nicht anfechten, aber weitermachen.

Vérité et Justice (V&J), der Verein der Schweizer Holocaust-Leugner war im Januar 1999 gegründet worden. Präsident war der umtriebige Jürgen Graf, der sich inzwischen seiner 15monatigen Haftstrafe wegen Holocaust-Leugnung durch Flucht ins Ausland entzogen hat und folglich nicht an der Gerichtsverhandlung teilnahm. Anwesend waren hingegen der Vize-Präsident Philippe Brennenstuhl aus Orbe/Kanton Waadt, wie auch der Vereinssekretär René-Louis Berclaz aus Châtel-Saint-Denis. Sie wurden von rund einem Dutzend Sympathisanten begleitet, von denen einige die anwesenden Medienschaffenden übel beschimpften und bedrohten sowie eine Fernsehkamera beschädigten.

Vérité et Justice veröffentlichte regelmäßig ein Informationsbulletin und soll – gemäß eigenen Angaben – rund 600 Mitglieder, Sympathisanten und Korrespondenten gehabt haben. Der Verein organisierte mehrere Veranstaltungen, an denen bis zu 150 Personen teilnahmen. Veröffentlicht wurden auch verschiedene Broschüren in Deutsch sowie in Französisch. Bereits in Dezember hatten die V&J-Verantwortlichen angekündigt, dass sie ihre Aktivitäten in Zukunft über die Stiftung Aequitas mit Sitz in Genf, die ebenfalls von V&J-Aktivisten betrieben wird, weiterführen wollen.

Anfang Oktober 2001 sprach Jürgen Graf in Triest auf einer Veranstaltung, die von der neofaschistischen Nuovo Ordine Nazionale organisiert wurde. Für den 25. und 26. Mai 2002 hat die Organisation ebenfalls in Triest eine internationale Holocaust-Leugner-Konferenz angekündigt. Die Rednerliste ist noch nicht bekannt. *Hans Stutz*

Ausland**Ungedeckte Schecks****Die Kandidatur von Jean Marie Le Pen zu der Präsidentschaftswahl am 21. April ist noch fraglich.**

Nicht weniger als eine „Staatsaffäre“ verspricht Jean-Marie Le Pen und droht: „Das würde Lärm hervorrufen. Man eliminiert nicht durch einen Federstrich den, der 4,5 Millionen Stimmen erreicht hat“. Er malt mal den „Sturz des Hauses Chirac“ an die Wand, mal sogar „die Niederlage von Jacques Chirac und, warum nicht, auch (die seines aussichtsreichsten Widersachers) Lionel Jospin.“

Der Chef des rechtsextremen Front National – der anlässlich der Präsidentschaftswahl 1995 im ersten Wahlgang 4,57 Millionen Stimmen bekommen hatte – spricht von dem Fall, dass er nicht zur diesjährigen Wahl des Staatspräsidenten antreten kann. Bis zum 2. April dieses Jahres haben die Kandidatinnen und Kandidaten Zeit, um 500 Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern der Republik vorzulegen. Unterschreiben können Bürgermeister, Abgeordnete von Départements-, Regional-, nationalem und Europaparlament, während einfache Kommunalparlamentarier ausgeschlossen sind. Dieser „Filter“ war eingeführt worden, um unseriöse Politclowns von der Kandidatur zum höchsten Amt im französischen Staat abzuhalten. Nach eigenen Angaben fehlen Le Pen derzeit noch rund 80 Unterstützungsunterschriften.

Kleinere Parteien, auf der Linken beispielsweise die Grünen und voraussichtlich zwei trotzkistische Parteien, dürften auch in diesem Jahr die Hürde nehmen, ohne selbst über die erforderliche Zahl von Mandatsträgern zu verfügen. Hintergrund dafür ist, dass vor allem die oft parteilosen Bürgermeister kleinerer Gemeinden – Frankreich hat nicht weniger als 36 000 Kommunen – im Namen der Demokratie und des Pluralismus für „kleinere“ Kandidaten unterschreiben. Für rechtsextreme Kandidaten freilich sieht die Lage anders aus: Die Veröffentlichung ihrer Namen im „Journal officiel“, dem französischen Gesetzblatt, könnte die Bürgermeister und Parlamentarier in einen unangenehmen Geruch bringen.

Vor der Wahl im Jahr 1981 war die Anzahl der erforderlichen „Patenschaften“ von Mandatsträgern,

wie sie auch genannt werden, von 100 auf 500 erhöht worden. Das hatte bereits Le Pen am Antreten gehindert. Damals war das noch kaum der Rede wert, denn bei seiner ersten Kandidatur im Jahr 1974 hatte Le Pen im Landesdurchschnitt 0,74 Prozent erzielt. Doch heutzutage, nachdem Le Pen bei der vorigen Präsidentschaftswahl 15 Prozent der Stimmen erreicht hatte – derzeit schwankt er in den Umfragen zwischen 8 und 11 Prozent – wäre ein solches Ergebnis tatsächlich weitaus spektakulärer.

Die Probleme von Jean-Marie Le Pen sind dabei primär auf die Spaltung der rechtsextremen Partei zum Jahreswechsel 1998/99 zurückzuführen. Die „Dissidenten“ unter Bruno Mégret hatten damals – neben einem Drittel der Mitglieder – gut 50 Prozent der Kader mitgenommen. Anlässlich der Regionalparlamentswahl im März 1998 hatten die Rechtsextremen insgesamt 275 Sitze in den Regionalparlamenten erzielt. Auch davon gingen 140, also über die Hälfte, dann an Mégret, während einige andere Abgeordnete nach der Spaltung parteilos wurden. Im nationalen Parlament sind beide Parteien nicht vertreten, im Europaparlament hat nur der FN ganze fünf Sitze inne. Damit sind heute beide rechtsextreme Parteien weit davon entfernt, 500 eigene Mandatsträger zu haben.

■ Kreide geschluckt wie nie zuvor ■

Jean-Marie Le Pen suchte das Hindernis zu umgehen, indem er Mitgliedern und extra eingestellten professionellen Werbern je 2000 Francs (rund 300 Euro) pro eingebrachter Unterschrift auszahlte. Anfang Februar konnte er auch tatsächlich frohlocken, er sei jetzt bei „fast 600“ Unterstützungs-Versprechen angelangt. Doch Anfang März sprangen dann eine ganze Reihe von Bürgermeister wieder ab. Manche mögen dem Druck, den die konservativen und liberalen Parteiführungen auf ihre Mitglieder ausüben, nicht für Le Pen zu unterschreiben – weil die für ihn abgegebenen Stimmen letztlich den Wahlsieg der Sozialisten förderten – nachgegeben haben. Le Pen tobte: „Das ist, als ob diese Bürgermeister mir einen ungedeckten Scheck ausgestellt hätten. Dies zeigt den Grad der Unmoralität, auf den wir gesunken sind.“ („Le Figaro“)

Es bleibt daher fraglich, ob Jean-Marie Le Pen den Erfolg seines neuen Diskurses wird austesten können. Denn mit einer Starrköpfigkeit, die ihn zunehmend sein persönliches Interesse über jenes seiner Partei stellen, und die in passiver Gefolgs-

schaft hinter sich verkümmern lässt, hat der bald 74-jährige FN-Chef Kreide geschluckt wie nie zuvor. Er versucht gar, sich als gemäßigter Mitte-Rechts-Politiker zu verkaufen. Der Boulevardzeitung „Le Parisien“ erzählte er am 4. Februar: „Vor einigen Jahrzehnten“ – Le Pen war Ende der 50er Jahre bereits Parlamentsabgeordneter – „wurde ich als ‘Mitte-Rechts’ eingestuft. Ich habe meine Ideen nicht geändert, aber man siedelt mich nunmehr auf der extremen Rechten an. Warum? Einfach deswegen, weil die gesamte politische Klasse sich linksradikalisiert, marxistisch eingefärbt hat.“

Das hindert ihn freilich nicht, am gleichen Ort in uralter Manier vom Leder zu ziehen, sobald die Rede auf seine klassischen Themen kommt: „Das Wichtigste ist die Explosion der Unsicherheit. Und das ist auf die Immigration zurückzuführen. Aber davon spricht niemand, außer mir. Das ähnelt dem Fall eines Kranken, der von einer Leberzirrhose befallen ist, aber sich weigert, dem Alkohol die Verantwortung dafür zu geben.“ Wie gehabt: Die Ausländer sind schuld, und die Probleme der Nation lassen sich mit dem biologistischen Bild der Krankheit beschreiben. Und noch im Vorjahr hatte Le Pen an der Beerdigung von Henry Coston, einem der berühmtesten antisemitischen Schriftsteller in Frankreich – der bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, mit Unterstützung NS-Deutschlands, sein Unwesen trieb und seiner Propagandasache bis zum letzten Atemzug treu blieb – teilgenommen.

Dennoch besteht der Eindruck, dass Le Pen sich in eine persönliche Abrechnung mit dem amtierenden Präsidenten Jacques Chirac stürzen will und dabei alle anderen Anliegen hintanstellt. Anlässlich seiner großen Show in Lyon am 16. und 17. Februar widmete Le Pen den größeren Teil seiner zweistündigen Rede allein Chirac, dem „Lehrer der Lüge“, dem „Lügenprinzen“, dem „Serienlügner“ und Verräter, dessen Konterfei mit riesiger Pinocchio-Nase über dem Saal prangte. *Bernhard Schmid*

Hinweis

Rostock – Am 25. März 2002 wird in der ARD um 21.45 Uhr der Film „Die Feuerfalle von Rostock – der Brandstifter, der Jubel und ein verstörtes Land“ ausgestrahlt. Kamil Taylan zeigt die sich in diesem Jahr zum zehnten Mal jährenden rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen. Der Autor recherchierte fast zwölf Monate in Rostock und in Mecklenburg-Vorpommern, sprach mit den damaligen Beteiligten, mit Opfern und Tätern.

Grauzone

„Sicherheitswacht“

Schill-Partei plant für Hamburg eine Bürgerwehr – Neonazis begrüßen die Idee.

Der Hamburger Innensenator Ronald Schill will demnächst Bürger als Hilfspolizisten auf Streife schicken. Eine mit Reizgas und Funkgeräten ausgestattete „Sicherheitswacht“ soll in Parks und Wohnghettos für Ordnung sorgen. Seit der Inthronisation des ehemaligen Amtsrichters Ronald Barnabas Schill als Innensenator vergeht kaum eine Woche, in der der selbst ernannte Saubermann der Hansestadt – neben privaten Schlagzeilen als „Partynator“ („Morgenpost“) – keine neuen politischen produziert: Nach dem tödlichen Einsatz von Brechmitteln gegen Drogendealer, der Beschäftigung von dubiosen Bodyguards aus der Rotlicht-Szene, der Anwerbung von Aushilfspolizisten aus Bayern und dem Vorschlag, die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mit Entwicklungshilfezahlungen an afrikanische Staaten zu koppeln, plant der Rechtspopulist nun den Aufbau einer Bürgerwehr.

Federführend bei der Umsetzung des Konzepts „Sicherheitswacht“ ist der innenpolitische Sprecher der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) Frank-Michael Bauer. „Die Wacht soll vor allem Straßensriminalität und Vandalismus entgegenwirken“, erklärt der von der Statt-Partei gewechselte Politiker. Die Planungen sehen vor, dass in den sieben Bezirken der Elbmetropole jeweils 30 Frauen und Männer auf Patrouille gehen. Die mit gelben Blousons und hellgrüner Armbinde ausgestatteten Freizeitsheriffs sollen allein durch ihre Präsenz Belästigungen, Ladendiebstählen und Vandalismus vorbeugen und beispielsweise Graffiti-Sprayer und Autodiebe bis zum Eintreffen der Polizei in Gewahrsam nehmen. Über derartige Nothilfeaktionen hinaus sollen die mit Funkgeräten und Pfefferspray oder Reizgas ausgestatteten Aktivbürger, so das Konzept, auch Personen anhalten und Personalien feststellen und Platzverweise aussprechen dürfen, wenn „dies zur Gefahrenabwehr oder zur Beweissicherung notwendig ist“. Waffen oder Schlagstöcke sind dagegen tabu. Voraussetzung für den Dienst in Parks, dunklen Gassen, sowie „in Brennpunkten“ wie großen Wohnsiedlungen, auf Bahnhöfen und in der Nähe von Asylbewerberunterkünften: Die Streifengänger zwischen 18 und 60 Jahren müssen eine abgeschlossene Schul- oder

Berufsausbildung vorweisen und ein tadelloses polizeiliches Führungszeugnis haben.

Das Vorbild für den „Bürger im Blouson“ ist ein Projekt in Bayern. Nach einem Pilotversuch in Nürnberg, Ingolstadt und Deggendorf patrouillieren seit mehr als sechs Jahren 450 Sicherheitsleute als lebende Notrufsäulen mit Sprechgerät und Taschenlampe in Straßen und Grünanlagen. „Die Wacht soll wie in Bayern keine Hilfspolizei sein, sondern ein verlängerter Arm der Polizei.“ Die reagiert aber alles andere als begeistert. „Das ist mit uns nicht abgesprochen“, gibt sich Polizeisprecher Reinhard Fallak wortkarg. Auch die zuständigen Gewerkschaften sind skeptisch bis entsetzt. „Selbst Streife gehen muss eine Arbeit für Profis bleiben“, fordert Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Man wisse nie, was passiert. Der Schill-Vorschlag sei „Irrsinn“.

Michael Neumann, Innenexperte der oppositionellen SPD, erläuterte im „Hamburger Abendblatt“ den Hintergrund für den Schillschen Aktionismus, der vom zweiten Koalitionspartner, der FDP, zähneknirschend zur Kenntnis genommen wurde: „Diese Polizisten dritter Klasse sind ein Ablenkungsmanöver von dem nicht einzuhaltenden Versprechen, 2000 Polizeibeamte einzustellen.“ Auch der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Manfred Mahr winkt ab: „Der Untersuchungsausschuss Polizei hat die Notwendigkeit einer professionellen Polizei deutlich gemacht. Da sind Möchtegern-Polizisten überflüssig.“ Der Grüne ist selbst Polizist.

Die Kritik an einer Bürgerwehr erhielt durch eine Wortmeldung aus der ganz rechten Ecke Nahrung. „Meldet Euch zur Bürgerwehr!“, fordern die Neonazis um Thomas Wulff und Christian Worch vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ ihre Kameraden auf. Die Freien Nationalisten begrüßen die Idee, dass Bürger als verlängerter Arm der Polizei auf Streife gehen sollen: „Notwenig wäre es allemal, denn das Verbrechen fühlt sich in kaum einer Stadt so wohl wie in Hamburg“, heißt es in einer Mitteilung des „Aktionsbüros“. Ganze Stadtteile würde tagtäglich durch „Ausländer- und Multikultibanden“ tyrannisiert, hetzen die Neonazis.

In Kürze wird das Thema „Sicherheitswacht“ im Innenausschuss der Bürgerschaft beraten. Ist sich die Koalition aus CDU, PRO und FDP einig und wird das notwendige Gesetz zügig erlassen, könnten die ersten Bürgerstreifen noch im laufenden Jahr durch die Hansestadt ziehen. *Volker Stahl*

Demokratische Initiativen

Rechter Lifestyle

Gleich zwei Aufmärsche von Rechtsextremisten haben im ostwestfälischen Bielefeld gegen die Wehrmachtausstellung stattgefunden, die dort bis 21. März gezeigt wurde. Da kommt eine Broschüre zum richtigen Zeitpunkt, die sich der rechten Szene in Ostwestfalen (OWL) widmet. Schon mit den Nachrichtenschnipseln auf den ersten Seiten des Heftes wird die Themenbreite deutlich. Vom Wehrsport in westfälischen Wäldern über erfolgreiche Blockaden gegen die rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik bis zu einem von der Polizei heruntergespielten Neonaziüberfall in Detmold reicht das Material. Ausführlich werden die rechten Parteien in OWL und die in der letzten Zeit besonders aktiven Freien Kameradschaften um den Bielefelder Bernd Stehmann vorgestellt. Mit der NRW-weiten Struktur Widerstand West, versuchen sie eine Bündelung der bisher losen Strukturen.

Wie im Titel schon angedeutet, legen die Broschürenmacher besonderes Augenmerk auf den rechten Lifestyle, mit dem sich die verschiedenen Neonazigruppen im vorpolitischen Raum Anhänger schaffen. Mit „Werwolf“, „Sleipnir“ und „Reichswehr“ kommen gleich drei berühmte Neonazi-Bands aus OWL. Unter dem Titel „Unsere Welt – das Magazin des Rock’n Roll Widerstandes“ wollen sich ostwestfälische Neonazis gar als rebellische Jugendkultur präsentieren. Die CD, auf der auch die Moskauer Neonazicombo „Kolovrat“ (Hakenkreuz) vertreten ist, hat eine Bielefelder Bestelladresse. Ein gesondertes Kapitel ist den ostwestfälischen Ablegern der Grufti- und Black-Metal-Szene gewidmet. Wenig bekannt dürfte auch der in der Kleinstadt Horn-Bad-Meinberg ansässige Verlag Burkhard Wecke sein, den die Herausgeber dem neurechten Thule-Seminar zuordnen.

Unter der Rubrik Geschichte wird gezeigt, dass das Interesse der Rechtsextremen an der ostwestfälischen Region kein Zufall ist. Das Hermannsdenkmal bei Detmold und das Kaiserdenkmal bei Porta Westfalica haben für sie einen hohen Symbolwert. Die Externsteine und die Wewelsburg avancierten zu rechten Kultstätten. *Peter Nowak*

Die Broschüre „Lifestyle of Hate“ hat 50 Seiten und kann für 3 Euro bestellt werden bei: Antifaschistische Initiative im Bielefelder Westen (Antraf West), c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld

Demokratische Initiativen

Geraubte Lebenszeit

In der „Galerie zum Pferdestall“ in der Berliner Kulturbrauerei Prenzlauer Berg gibt es seit Ende Februar eine Ausstellung mit dem Titel „Geraubte Zeit – Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938 – 1945“. Auftakt eines ungewöhnlichen Wander-Ausstellungsprojekts, das bis 2003 alle Berliner Bezirke erfassen wird, konzipiert und realisiert vom Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen und der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. Schon diese erste von insgesamt 11 Berliner lokal-historischen Ausstellungen beweist: Zwangsarbeit gehörte zur alltäglichen Erfahrung der Bevölkerung.

Hans Koschnik, Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie und Schirmherr des Gesamt-Ausstellungsprojekts „Zwangsarbeit in Berlin 1938 – 1945“ brachte es während der Eröffnungsveranstaltung vor überfülltem Zuschauersaal auf den Punkt: Wer sehen wollte, konnte sehen. Und wer wegsehen wollte, der konnte es nicht, weil die Fakten so vielschichtig auch optisch sichtbar waren.

Die Exposition veranschaulicht das vom Hauptstadtkulturfonds geförderte Anliegen der „Macher“: Die anonyme Diskussion um die Zwangsarbeiter-Entschädigung aufbrechend werden akribisch die Schicksale der Betroffenen aufgezeigt, die Stätten ihrer Sklavenarbeit nachgewiesen.

In Berlin mussten mehr als 400 000 Menschen aus über 20 Nationen Fronarbeit leisten. Fast alle Unternehmen – Großkonzerne wie Siemens und Daimler-Benz, Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe, kommunale und staatliche Unternehmen, wie Stadtreinigung und Reichsbahn, selbst kleine Gärtnereien und Privathaushalte – beschäftigten Zwangsarbeiter. 40 von ihnen „unterhielt“ die Schultheiß Brauerei. Ohne diese Arbeitskräfte – 10 Millionen waren es im gesamten Reich – wären NS-Kriegswirtschaft und Versorgung der Bevölkerung spätestens 1942 zusammengebrochen. Einer Hochrechnung nach waren in jedem Bezirk 50 000 Zwangsarbeiter rekrutiert. Von denen die überlebten, erhielten die wenigsten eine Entschädigung. Auch nicht der größte Teil der rund 2000 nach Berlin verschleppten „Fremdarbeiter“ aus Griechenland.

Die Ausstellung in der Kulturbrauerei Prenzlauer Berg ist bis 15. Juli geöffnet. Eine zweite läuft im Forum Neukölln bis 4. Mai. *Gabriele Kleiner*

Weitere Informationen: www.ausstellung-zwangsarbeit-berlin.de

NS-Vergangenheit**Nicht nachweisbar**

Nach jahrelangen Ermittlungen musste die Staatsanwaltschaft Stuttgart jetzt das letzte große NS-Verfahren einstellen.

Das Foto ist vergilbt und zeigt einen glattrasierten Mann mit Nickelbrille und Uniform. Der Blick ist kühl und direkt. Es ist die einzige bekannte Aufnahme von SS-Obersturmbannführer Johannes Thümmeler, dem ehemaligen Gestapo-Chef von Katowitz und früheren Vorsitzenden des Sondergerichts in Auschwitz. Das Gericht hatte seinen Sitz direkt im Todesblock 11. Über 1000 Todesurteile gegen KZ-Häftlinge soll er unterschrieben haben. Trotzdem war er nie im Gefängnis. Der Fall „Thümmeler“ hat die Justiz in Baden-Württemberg über 40 Jahre beschäftigt. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart das letzte Verfahren endgültig eingestellt.

„Wir konnten die vorgeworfenen Taten nicht nachweisen“, sagt der Leiter der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, Kurt Schrimm. Er selbst hatte die Ermittlungen gegen den heute 95-Jährigen geführt. Von den über 1000 Todesurteilen waren gerade noch drei übrig geblieben: Zwei Mädchen im Alter von 14 und 16 Jahren und eine schwangere Frau waren im Januar 1945 vom Sondergericht Auschwitz zum Tode verurteilt und einen Tag später hingerichtet worden. Thümmeler soll die Urteile unterschrieben haben. Jahrelang hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart den schriftlichen Beweis gesucht. Eigentlich sollte das Verfahren schon im Herbst vergangenen Jahres abgeschlossen werden. Doch dann gingen in Ludwigsburg neue Hinweise auf Akten in Tschechien ein.

Im Januar verbrachte Oberstaatsanwalt Schrimm in Prag eine Woche in Archiven. Zusammen mit einer Dolmetscherin durchstöberte er alte Unterlagen. Doch es fand sich kein Todesurteil, an dem Thümmeler mitgewirkt hatte. „Wahrscheinlich sind die schriftlichen Urteile nach dem Krieg vernichtet worden“, meint Schrimm. Er habe eine Zeugenaussage von einem ehemaligen Gestapo-Mann, die darauf hinweise.

Doch auch wenn ein Todesurteil mit Thümmelers Unterschrift gefunden worden wäre, hätte es vielleicht nicht für eine Anklage gereicht. „Er war

Mitglied eines Kollegialgerichts in Auschwitz“, so Schrimm. „Man hätte ihm nachweisen müssen, dass er sich für die Hinrichtung ausgesprochen hatte, und nicht von seinen Richterkollegen überstimmt worden war.“

Schon in den 60er Jahren hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart Anklage gegen Thümmeler erhoben. Doch das Landgericht Ellwangen eröffnete das Verfahren 1969 aus Mangel an hinreichendem Tatverdacht nicht. „Das kommt rechtlich einem Freispruch gleich“, sagt Schrimm. „Niemand kann wegen der selben Sache noch einmal angeklagt werden“. Die Todesurteile gegen die drei Frauen und Mädchen waren damals nicht angeklagt worden.

Thümmeler selbst lebt bereits seit Jahren in Eriskirch am Bodensee. „Er bestreitet nicht, Richter am Sondergericht Auschwitz gewesen zu sein“, sagt Oberstaatsanwalt Schrimm. Über seinen Anwalt habe er aber die Vorwürfe der Anklage pauschal zurückgewiesen und erklärt, er habe nach dem damals geltenden Recht gehandelt.

Der „Fall Thümmeler“ war vielleicht das letzte große Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche NS-Verbrecher in Süddeutschland. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart konnte allerdings in den vergangenen Jahren schon mehrfach für Aufsehen sorgen: Im Mai 1999 war der damals 79-jährige Alfons Götzfrid vom Stuttgarter Landgericht wegen Beihilfe zum Mord in 17 000 Fällen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Spätaussiedler hatte sich als Zeuge in einem anderen Verfahren selbst belastet. Götzfrid hatte im November 1993 bei der „Aktion Erntefest“ im Konzentrationslager Majdanek in Polen mindestens 500 Menschen eigenhändig erschossen. Außerdem war er damals mit dem Nachladen von Gewehren beauftragt. In Ravensburg wurde im April vergangenen Jahres der frühere SS-Mann Julius Viel zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte 1945 an einem Panzergraben in der Nähe der tschechischen Stadt Leitmeritz sieben Häftlinge erschossen. Ende Februar starb der 84-Jährige an einem Krebsleiden, nachdem er wegen Haftunfähigkeit aus dem Gefängnis entlassen worden war.

„Viele Akten in der ehemaligen Sowjetunion sind noch immer nicht gesichtet“, sagt Oberstaatsanwalt Schrimm. Da könne sich durchaus noch etwas ergeben. Schrimm: „Vor fünf Jahren hätte ich auch nicht an einen Fall Götzfrid oder einen Fall Viel geglaubt“.

Daniel Ernst

Bücherschau

Durchschnittsbürger**Deutsche denunzierten ihre Nachbarn**

Das Verhalten der „gewöhnlichen“ Deutschen zur Zeit des nationalsozialistischen Terrorregimes ist von verschiedenen Seiten sehr unterschiedlich charakterisiert worden. Von der Rückzugsposition vieler Zeitgenossen, von Verbrechen nichts gewusst und nichts bemerkt zu haben, bis hin zu den Vorwürfen Daniel Goldhagens, das deutsche Volk sei von einem eliminatorischen Antisemitismus durchdrungen, reicht die Palette. Wichtige Aufschlüsse können hier von der Auswertung von Gestapoakten erwartet werden, die im letzten Jahrzehnt erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Interessant ist vor allem die Beantwortung der Frage, inwieweit die Bevölkerung durch Denunziation mitgewirkt hat, die von den Machthabern verfolgten Minderheiten ans Messer zu liefern.

Der amerikanische Historiker Eric A. Johnson hat nun die Ergebnisse einer sechsjährigen Forschungsarbeit veröffentlicht, die sich hauptsächlich auf über 1100 Akten der Gestapo und der Sondergerichte aus verschiedenen rheinländischen Städten stützt, darunter Köln und Krefeld. Hinzu kommt die Auswertung einer Umfrage unter älteren deutschen Bürgern und jüdischen Überlebenden des Holocaust, sowie die Lebensläufe von Gestapo- und anderen Polizeibeamten. Mithilfe dieses umfangreichen Materials will Johnson folgende Fragen beantworten: „In welcher Weise beeinflusste der Terror den Alltag deutscher – jüdischer und nicht-jüdischer – Bürger in durchschnittlichen deutschen Gemeinden? In welcher Weise entwickelte sich der Terror im Lauf der Zeit? Wer hatte am meisten unter ihm zu leiden und wer am wenigsten? Wie funktionierte das zentrale Terrorinstrument, die Gestapo? Wie mächtig war sie, und wie weit reichte ihr Arm? ... In welchem Maße waren gewöhnliche Deutsche daran beteiligt, ihre Mitmenschen zu überwachen und zu kontrollieren?“ Und er forscht nach, was der deutsche Durchschnittsbürger von den Deportationen gewusst hat, bis zu welchem Grad er sich sogar daran beteiligte und wie groß sein Handlungsspielraum war.

Die neuere Gestapoforschung ist immer mehr vom Bild einer übermächtigen, alles wissenden Institution Gestapo abgewichen, die allein schon wegen

des relativ knapp bemessenen Personals kaum in der Lage war, die Gegner des Regimes umfassend zu kontrollieren. Diese Schwäche sei weitgehend durch den weit verbreiteten Hang der Bevölkerung zur Denunziation wett gemacht worden.

Diesem Bild widerspricht Johnson vehement. Allerdings gelingt es ihm kaum, seine Ansichten durch die Ergebnisse seiner Untersuchungen eindringlich zu untermauern. So findet er zwar heraus, dass Denunzianten nur einen verschwindend kleinen Anteil an der Bevölkerung ausmachten. Auch stellt er klar, dass entgegen allgemeiner Überzeugung mehr Männer als Frauen unliebsame Nachbarn der Gestapo meldeten und kann keinen einzigen Fall nennen, in dem Kinder ihre Eltern denunzierten. Überhaupt waren die allermeisten Denunziationen nicht politischer Natur, sondern beruhten auf Streit und Missgunst unter Nachbarn.

Dennoch kann Johnsons bedingter Freispruch der deutschen Bevölkerung nicht ganz überzeugen, stellt er doch an anderer Stelle fest, dass ein Viertel der in den Akten nachgewiesenen Fälle durch Denunziation ausgelöst worden seien. So rücken für den Autor die Gestapobeamten in die Hauptrolle der Täter. Für ihn sind sie alles andere als „ganz normale Männer“, obwohl ihre Biografien kaum außergewöhnliche Nuancen aufweisen und ihnen nach dem Krieg nur in Ausnahmefällen Exzesstaten nachgewiesen werden konnten.

Man kann Johnson vorwerfen, dass er sich zu sehr auf den Bereich Denunziation kapriziert hat und Themen wie Bereicherung bei der Arisierung, Terror gegen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, Lynchmorde an abgeschossenen alliierten Bomberpiloten unberücksichtigt lässt. Unerwähnt bleiben auch die Tausende von Blockwarten und Millionen von Parteigenossen, die schon durch ihre unmittelbare Präsenz wesentlich dazu beitrugen, die weitgehend politisch desinteressierte Durchschnittsbevölkerung zu domestizieren, ob es nun darum ging, an Feiertagen eine Fahne zu hissen oder das Hören von „Feindsendern“ zu verhindern.

Das voluminöse Werk ist sicherlich kein Endpunkt in der Erforschung des Nazi-Terrors. Festzuhalten bleibt aber, dass dem Autor eine umfassende Regionalstudie mit vielen aufschlussreichen Erkenntnissen gelungen ist.

Dieter Adam

Johnson, Eric A., Der nationalsozialistische Terror: Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001 (Siedler-Verlag), 704 Seiten, 34 Euro.

Meldungen

Inland

■ **Aachen** – Unter dem Namen „Mijnstreekoostskins“ betreibt das bundesdeutsche Skin-Paar Bianca König und Harald Paulsen von der niederländischen Kleinstadt Heerlen aus eine Homepage. Die beiden Neonazis, die zuvor im nordrhein-westfälischen Heinsberg wohnten, treten auch als Organisatoren von „Blood Honour“-Konzerten auf. Recherchen der „Aachener Nachrichten“ zufolge unterhält das Paar enge Kontakte zu Ed Polman, einem Führungskader der neonazistischen Nederlandse Volks Unie (NVU) und zur „Kameradschaft Aachener Land“. Die aus einem NPD-Gesprächskreis um Wolfgang Nahrath (vormals Vorsitzender der Wiking-Jugend) im Sommer 2001 hervorgegangene „Kameradschaft Aachener Land“, deren Mobilisierungspotenzial auf 120 bis 150 Personen beziffert wird, soll in einem Kasernengelände in der Nähe der belgischen Stadt Eupen Wehrsportübungen abhalten, wie ein Aussteiger berichtete. Als Anführer der „Kameradschaft“ gilt der 21-jährige Skin Rene Laube. Gern gesehener Gast der ist der Neonazi-Kader Christian Malcoci.

■ **Gränitz** – Der einstige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert forciert sein politisches Comeback. Neben seiner – erfolglosen – Kandidatur für den NPD-Parteivorstand auf dem Ticket des Hupka-Flügels engagiert sich der 62-jährige Deckert auch im sächsischen Freiberg. Hier erwarb er im vergangenen August für wenig Geld eine heruntergekommene Immobilie, die zum Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene ausgebaut werden soll. Seither wird die Gaststätte saniert, um sie für Veranstaltungen zu nutzen. Nach Einschätzung einer lokalen Bürgerinitiative könnte das „Projekt in Gränitz ein weiterer Versuch sein, ein bundesdeutsches Schulungszentrum für Neonazis zu errichten“.

■ **Greifswald** – Die NPD-nahe Schülerzeitung „Greifswalder Sprachrohr“ wurde in „Norddeutsches Sprachrohr“ (Auflage nach Eigenangaben: 1000 Exemplare) umbenannt. Das Blatt, das bislang als Schülerzeitung der rund 50 Mitglieder starken „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung“ (s. BNR 19/01) in Greifswald diente, soll ab sofort auch in weiteren Landesteilen von Mecklenburg-Vorpommern verbreitet werden. Die Macher der Schülerzeitung, darunter auch der stell-

vertretende NPD-Landesvorsitzende Lutz Dessau aus Rostock, verstehen ihr Blatt als „die Stimme der deutschen Jugend, die sich gegen die Meinungsdiktatur an den Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern richtet“. Gleichgesinnte haben unter anderem auf der Insel Usedom und in Ostvorpommern „Stützpunkte“ gebildet. Das „Norddeutsche Sprachrohr“ kooperiert eng mit dem im Februar gegründeten „Mitteldeutschen Sprachrohr“ in Thüringen.

■ **Magdeburg** – Der aus der NPD ausgeschlossene Neonazi Steffen Hupka warnt in einem mehrseitigen Schreiben, das in NPD-Kreisen kursiert, vor dem neuen NPD-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Frank Kerkhoff. Dieser zeige ein „charakterloses und opportunistisches Verhalten“. Hupka plaudert in seinem Schreiben aus, dass Kerkhoff nach seinem Austritt aus der PDS 1998 erstmals Mitte 1999 Kontakt mit der NPD suchte. Am 6. Februar 2001 trat Kerkhoff, der auch dem „Deutschen Kolleg“ angehört, in die NPD ein. Hupka vermutet in Kerkhoff einen „Spalter“, dessen Ziele derzeit noch unbekannt seien. Unterzeichnet ist das Hupka-Schreiben auch von Andreas Reiche (NPD-Kreisvorsitzender Köthen), Angelika Schellhase (NPD-Kreisvorsitzende Wittenberg), Viviane Werning (NPD-Kreisvorsitzende Salzwedel), Mathias Güttler (NPD-Kreisvorsitzender Magdeburg), Marcel Franke (NPD-Kreisvize Ostharz), Andreas Bierre (Nationaler Widerstand Magdeburg), Sven Liebich (Nationaler Widerstand Halle) und Kevin Proch (NPD-Mitglied aus Magdeburg).

■ **München/Nürnberg** – Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 3. März erzielten die Republikaner landesweit ein Ergebnis von knapp über einem Prozent. Örtliche Wahlergebnisse lagen allerdings höher: bei den Stadtratswahlen erreichten sie in Rosenheim 6,1 Prozent, in Schweinfurt 4,4, in Würzburg 3,7 Prozent (jeweils 2 Sitze) und in Kempten 3,7 Prozent (1 Sitz). Die Wahlen zu den Kreistagen brachten die besten REP-Resultate in Erding (4,6 Prozent; 2 Sitze), Altötting (3,9; 1 Sitz), Aichach-Friedberg (3,8; 2 Sitze), Schweinfurt (3,3; 2 Sitze), Dachau (1 Sitz), Dillingen (2 Sitze) und Rosenheim (2 Sitze) je 3,2 Prozent, Forchheim (3 Prozent; 1 Sitz). In Nürnberg erzielte die rechtsextremistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ein Ergebnis von 2,3 Prozent. Mit dem bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert, der als Spitzenkandidat angetreten war (15 622 Wählerstimmen), ist die „Bürgerinitiative“ künftig im Nürnberger Stadtrat vertreten.

■ **Pirna** – Mehrere Jahre lang wurde ungezählte Male der Antalya-Grill Familie Sendilmen im ost-sächsischen Pirna von Rechten überfallen. Alle bisherigen Anzeigen der Familie wurden eingestellt. Am 12. März aber kam es vor dem Amtsgericht zu einem Prozess – gegen die fünf Sendilmens. Ihnen wird „gemeinschaftliche Körperverletzung“ in mehreren Fällen vorgeworfen. Bei den „Opfern“ und den meisten der für die eintägige Verhandlung vorgesehenen 21 Zeugen handelt es sich um Mitglieder der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und deren Umfeld. Wie es in der Verbotsverfügung des Innenministeriums mit SSS-Zitaten belegt heißt, war der Antalya-Grill als konkretes Ziel im Visier der SSS. Dies bestritt die Staatsanwaltschaft. Auf Antrag der Verteidigung werden nun die 120 offiziellen Akten zum SSS-Prozess studiert, was den Fortgang des Verfahrens gegen die Sendilmens mindestens bis Herbst verschiebt.

■ **Prien** – „Die Ahnenforschung des Ludwig Stiegler. SPD-Fraktionsvize entlarvt sich als absolut antifa-korrekt“ ist ein Beitrag des emeritierten Bonner Professors Hans-Helmuth Knütter betitelt, der in der März-Ausgabe des unionsnahen „DEUTSCHLAND magazin“ abgedruckt ist. Knütter, Autor und Referent in rechtsextremen Zusammenhängen (unter anderem Gesellschaft für freie Publizistik, Cannstatter Kreis, Hohenrain-Verlag) attackiert den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundesfraktion Stiegler, der „im antifaschistischen Eifer“ die „Maske (habe) fallen lassen.“ Knütter schlussfolgert: „Es scheint so, als ob die ‚freiheitliche demokratische Grundordnung‘ durch eine antifaschistisch-volksdemokratische Herrschaftsordnung abgelöst sei.“ In der aktuellen Ausgabe des „DEUTSCHLAND magazin“ findet sich ferner die Rezension eines Buches aus der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg sowie ein Beitrag des Geschichtsrevisionisten Alfred Schickel. Geworben wird auch für eine Veranstaltung mit dem rechtslastigen Historiker und Studienrat Karlheinz Weißmann.

■ **Schwarzenborn/Rostock** – In seinem aktuellen Rundbrief gibt Manfred Roeder (73) bekannt, dass er Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt/Main eingelegt hat. Das Frankfurter Gericht hatte den mehrfach Vorbestraften am 30. Januar zu zwei Jahren ohne Bewährung wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen verurteilt. „Aber nun ist klar, warum man mich so fürchtet und hasst. Meine Forderung

‘Das Reich muss wieder her!’ hat das System getroffen wie ein Schwerthieb“, teilt Roeder mit. Der Bundesgerichtshof hat eine weitere Verurteilung des mehrfach vorbestraften Roeder durch das Landgericht Rostock wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Staates und Beleidigung zu zwei Jahren und drei Monaten aufgehoben. Der Prozess muss neu geführt werden.

■ **Staßfurt** – Der NPD-Kreisverband Elbe-Saale (Sachsen-Anhalt) führte am 16. Februar im Raum Staßfurt eine Veranstaltung mit dem Rechtsextremisten Uwe Meenen zum Thema Reichsbürgerkunde durch. Meenen, Mitglied des Kreisvorstandes Würzburg der NPD und einer der Köpfe des „Deutschen Kolleg“, stellte „die 10 Ziele des nationalen Lagers“ (unter anderem „Die deutsche Kulturkatastrophe verhindern!“) vor. Meenen betonte, dass „Leistungen an Ausländer“ einen „Eidbruch“ darstellten, da die Regierenden „ausschließlich“ Leistungen für das deutsche Volk erbringen sollten. Meenen war 1991 Gründungs- und Vorstandsmitglied des Bundes Frankenland (BF). Ziel des BF war nach Erkenntnissen des bayrischen Verfassungsschutzes die Beseitigung des Grundgesetzes der parlamentarischen Demokratie und die Schaffung eines „Vierten Reiches“ nationalstisch-rassistischer Prägung.

■ **Timmenrode** – In der aktuellen Ausgabe des „Rundbriefes oppositioneller NPD-Kräfte“ (verantwortlich: Steffen Hupka, Timmenrode) werden zwei weitere NPD-Mitglieder der „VS-Tätigkeit“ bezichtigt. Demnach soll Stefan Göbecke-Teichert, der bis 1999 im DS-Verlag beschäftigt war, „für den VS gearbeitet“ haben. Angaben des „Rundbriefes“ zufolge hatten die NPD-Parteivorstandsmitglieder Apfel, Pühse und Voigt davon Kenntnis. Göbecke-Teichert ist Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) Bayern und Mitglied des NPD-Landesvorstandes Bayern. Das bayerische JN- und NPD-Vorstandsmitglied Alexander Feyen soll ebenfalls zeitweilig für den VS tätig gewesen sein. Auch „diese Sache“, so der „Rundbrief“, „wurde von höchsten Parteistellen vertuscht.“

Ausland

■ **Großbritannien (London)** – Der Holocaust-Leugner David Irving (Jg. 1938) wurde für bankrott erklärt. Das höchste Londoner Zivilgericht (High Court) gab einer Klage des Verlags Penguin statt, der Anwaltskosten in Höhe von 3,2 Millionen Euro einzutreiben versucht. Irving hatte im

April 2001 eine Verleumdungsklage gegen die US-amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt verloren. Lipstadt hatte in ihrem 1994 erschienenen Buch „Denying the Holocaust“ (Verlag Penguin) Irving unter anderem als „Hitler-Bewunderer“ bezeichnet. Irving muss nun damit rechnen, dass sein Haus in London, dessen Wert auf 900 000 Pfund geschätzt wird, beschlagnahmt wird. Die britische Tageszeitung „The Observer“ berichtete am 3. März, dass ihr eine 4017 Namen umfassende Liste von Irving-Finanziers („active contributors“), davon 2495 in den USA und Kanada, vorliege. Einer der Großspender war der einstige U-Bootkommandant der Wehrmacht, Henry Kersting (Leserbriefschreiber in der „Bauernschaft“), der vor zwei Jahren in seiner Wahlheimat Hawaii verstarb.

■ **Niederlande (Kerkrade)** – Der deutsche Neonazi Christian Malcoci aus Grevenbroich, der auf der Liste der rechtsextremen Volks Unie (NVU) kandidierte, erzielte bei den Kommunalwahlen am 7. März im niederländischen Kerkrade ein Ergebnis von 0,84 Prozent (183 Wähler). Das siegessicher angestrebte Gemeinderatsmandat hat Malcoci, ehemals Kameradschaftsführer der ANS/NA, damit klar verfehlt. Im vergangenen Jahr pries das Neonazi-Blatt „Zentralorgan“ die Kandidatur von Malcoci vollmundig als „gemeinsame Offensive für ein Europa der Völker und gegen den gemeinsamen Feind“.

■ **Niederlande (Rotterdam)** – Bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden erzielte der Rechtspopulist Pim Fortuyn – der „holländische Haider“ – mit seiner Liste in der Hafenstadt Rotterdam auf Anhieb mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen und zog damit als Anführer der stärksten Gruppierung in den Stadtrat ein. Der 53-Jährige war als Spitzenkandidat für die Wählervereinigung Leefbaar Nederland (Lebenswerte Niederlande) angetreten.

■ **Österreich (Wien)** – Am 13. April wollen österreichische Neonazis in Wien gegen die Wehrmachtsausstellung demonstrieren, die dort vom 9. April bis 26. Mai gezeigt wird. Organisiert wird der Aufmarsch von Sascha Gasthuber und Robert Faller, die der neonazistischen „Kameradschaft Germania“ (KSG) angehören. Die KSG Wien ist nach einer halbjährigen Unterbrechung wieder im Internet präsent. Auf ihrer Homepage kündigen die Neonazis an, sich nun als Verein eintragen zu lassen, um ihre künftigen Aktivitäten („Demos, Konzerte, Balladenabende, Diskussionsrunden“) in aller Öffentlichkeit umsetzen zu können.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 9
PVST, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 06-2002 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

■ **USA (Huntsville/Alabama)** – Germar Rudolf, geschiedener Scheerer, ist auf Freiersfüßen. Der zwischenzeitlich in Huntsville lebende deutsche Holocaust-Leugner will am 1. Juni „eine Dame namens Jane“ heiraten. Damit, so Rudolf, eröffne sich die Möglichkeit, „vor allen zukünftigen Drohungen der U.S. Behörden sicher zu sein, mich zu deportieren und damit deutschen Kerkerzellen für Jahre zu verantworten.“ Rudolf war 1995 vom Landgericht Stuttgart unter anderem wegen Volksverhetzung zu einer 14-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden, der er sich durch Flucht zunächst nach Spanien entzog. Neben dem Verlag Castle Hill Publishers betreibt Rudolf jetzt einen Verlag Theses & Dissertations Press.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bmr.de
Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.